

Die politische Orientierung der 'Landjuden' in Baden am Ende der Weimarer Republik 1928-32

Liepach, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Liepach, M. (1997). Die politische Orientierung der 'Landjuden' in Baden am Ende der Weimarer Republik 1928-32. *Historical Social Research*, 22(1), 88-106. <https://doi.org/10.12759/hsr.22.1997.1.88-106>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die politische Orientierung der »Landjuden« in Baden am Ende der Weimarer Republik 1928-32

*Martin Liepach**

Abstract: German Jews adopted many principles of Liberalism and generally it is taken as a fact that most Jews voted for the liberal parties and supported constitutional government. But what extent had this electoral support? Is there any difference between Left and Right wing Liberalism? How strong were the links when liberal parties disappeared from the political scene during the last years of the Weimar Republic? According to various authors there is evidence that there had been a shift of Jewish voters during the final years of the republic to the Social Democrats, others claim an increasing amount of votes for the Centre Party or refer to a continuing support of Liberalism. The hypothesis differ widely and without further empirical or theoretical evidence, it is simply a matter of conviction which theory one prefers. This study establishes by means of quantitative methods the influence of the Jewish population on the success of the various parties in the rural areas of Baden in the Reichstag elections between 1928 and 1932.

In einer typologisierenden Beschreibung charakterisiert der Soziologe und Historiker Werner Cahnmann die Landjuden als Städter, die aufgrund von unterschiedlichen lokalen und historischen Entwicklungen in die Dörfer verschlagen wurden. Eine geradezu indifferente Haltung gegenüber den religiösen Fragen und den politischen Herausforderungen der Zeit attestiert er den Juden im süddeutschen Raum. »Ideologische Bewegungen, die anderswo im modernen Judentum die überkommene Religiosität ersetzen, sprachen die süddeutschen Juden nicht an. Die akkurate Neu-Orthodoxie, der rationalistische Reform-Liberalismus, der Patriotismus des Central-Vereins, der Nationalismus der Zionisten zogen nur eine Minderheit in ihren Kreis. Wenn der Central-Verein die Verteidigung der angefochtenen Bürgerrechte oder der Liberalismus eine gemäßigte Respektabilität vertraten, waren sie recht.«¹

* Address all communications to Martin Liepach, Altkönigstr. 34, D-61440 Oberursel.

Cahnmann entwickelt seinen Typus des Dorf- und Kleinstadtjuden auf der Folie der Vorstellung von »Land« als einen agrarischen, rückständigen Lebensraum. Nach wie vor ist das Bild eines die verbindlichen traditionellen jüdischen Lebensformen einhaltenden Vieh- und Pferdehändlers, der auf dem Land oder in einer Kleinstadt lebt, als Prototyp vorhanden.¹ Seinen Gegenpart bildet der im weltoffenen, großstädtischen Berlin wohnende liberale jüdische Rechtsanwalt oder Unternehmer. Eine religiös orthodoxe Ausrichtung führt zu der Schlußfolgerung, die Person sei zugleich Anhänger einer konservativen politischen Orientierung. Zudem bleibe aufgrund der Provinzialität der jüdische Vieh- und Pferdehändler den konservativen Vorstellungen seiner ländlichen Umwelt verhaftet. (»Ein Dorfjude und ein Bauer sind weder physisch noch sozial so weit voneinander entfernt wie ein Stadtjude und ein christlicher Bürger.«)² Wirtschaftstätigkeit und im weiteren Sinne das soziale Umfeld prägten demnach die Mentalität und auch die politische Einstellung.³

Ob dies zu einer eher konservativen Ausrichtung, das heißt rechts des organisierten parteipolitischen Liberalismus, unter der ländlichen jüdischen Bevölkerung geführt hat, soll im folgenden exemplarisch geprüft werden. Vermutungen gehen von einer stärkeren Annäherung an das Zentrum aus. In der Literatur findet man verschiedentlich die Auffassung, daß sich insbesondere unter den orthodoxen Juden Wähler des Zentrum oder der Bayerischen Volkspartei gefunden hätten.⁴

Bis zu den Krisenjahren der Weimarer Republik wird unstrittig der Mehrheit der Juden eine Neigung für die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) nachgesagt. Offen blieb in der Forschung bisher die Frage, wie die jüdische Bevölkerung auf die Gründung der Deutschen Staatspartei (DStp) in

¹ Werner J. Cahnmann, *Der Dorf- und Kleinstadtjude als Typus. Eine typologische Studie*, in *Zeitschrift für Volkskunde* 2 (1974), S. 191.

² Vgl. Monika Richarz, *Viehhandel und Landjuden im 19. Jahrhundert. Eine symbiotische Wirtschaftsbeziehung in Südwestdeutschland* in: *Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* 1990, S. 66- 88.

³ Cahnmann, S. 183.

⁴ In der Literatur ist das Bild einer Dominanz des orthodoxen Judentums auf dem Land häufig anzutreffen. Vgl. Hermann Schwab, *Jewish Rural Communities in Germany*, London 1956, S. 15. Auf die problematische, aber häufig zu findende Charakterisierung der Dorfjuden als durchweg traditionalistisch weist Jacob Borut hin. Die Dörfer werden als Bastionen und Hochburgen der jüdischen Religiosität angesehen, in denen die Orthodoxie die Modernisierungen überlebte. Nach seinen Untersuchungen waren die meisten Dorf- und Kleinstadtjuden keineswegs religiös-orthodox. Jacob Borut, »Bin Ich doch ein Israelit, ehre Ich auch den Bischof mit«. *Village and Small Town Jews within the Social Spheres of Western German Communities during the Weimar Period*. Paper presented at the Conference on »Jews in the Weimar Republic«, Oxford 1995.

⁵ Donald L. Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, Louisiana State University Press 1980, S. 29. Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1968, S. 102.

der anstehenden Reichstagswahl 1930 reagierte. Arnold Paucker spricht von einem »shattering effect«, der nicht überschätzt werden kann, den diese Neubildung hervorrief.⁶

In jüdischen Kreisen wurde vielfach Zweifel gehegt, ob die Deutsche Staatspartei im gleichem Maße wie bisher die DDP gewillt war, die Gleichberechtigung der jüdischen Bürger anzuerkennen. Der Zusammenschluß von Demokraten, Jungdeutschem Orden und Volksnationaler Vereinigung zu einer neuen Partei stieß in jüdischen Kreisen überwiegend auf Skepsis. Das Festhalten des Jungdeutschen Ordens an seinem Arierparagrafen wurde als Widerspruch zum Postulat der Gleichberechtigung in der Staatspartei gesehen. In der Parteiausschußsitzung der Demokraten vom 30. Juli 1930 brachte der Vertreter des Centraivereins, Bruno Weil, seine Bedenken wegen des Arierparagrafen des Jungdeutschen Ordens vor und sprach von einem »erheblichen Gefühl der Verlassenheit«, das weite Kreise des Judentums aufgrund des Zusammenschlusses befallen hätte.⁷ Dennoch stimmte später Weil für den Eintritt der Demokraten in die Deutsche Staatspartei. Genauso wie im weiteren Verlauf des Wahlkampfes von Seiten des Centraivereins die Staatspartei unterstützt wurde.

Der Schild, die Verbandszeitung der jüdischen Frontsoldaten, sah in der Haltung Mahrauns, des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens, zur Judenfrage keinen Unterschied zum antisemitisch eingestellten Stahlhelm.⁸ Die Vorstellung, daß im Jahr 1930 die Demokraten mit dem Jungdeutschen Orden in ein politisches Boot steigen würden, hätte vermutlich nicht wenigen jüdischen Funktionären, Politikern und Wählern einige Jahre zuvor Alpträume bereitet. Schließlich fusionierte die DDP mit einem politischen Partner, mit dem sich der Centraiverein noch einige Jahre zuvor auf das Heftigste publizistisch befehdet hatte. Dabei gipfelten die Auseinandersetzungen bis zur Forderung der Jungdeutschen nach einem Verbot des Centraivereins, da dessen Staatsfeindlichkeit angeblich erwiesen sei. Die Auseinandersetzungen zwischen Centraiverein und Jungdeutschen Orden fanden nicht nur in den entsprechenden Verbandsorganen einen publizistischen Niederschlag. In der konkreten Arbeit weigerte sich beispielsweise der Jungdeutsche Orden in einigen Städten, sich an Gemeinschaftsküchen für Arme zu beteiligen, wenn Juden zu deren Finanzierung beitrugen.⁹

Die gesamte Situation machte daher jüdisch-liberalen Wählern die Wahlentscheidung 1930 - gelinde gesagt - zumindest nicht einfach. Entsprechend unsicher fallen in der Literatur die Äußerungen über die Akzeptanz der neuge-

⁶ Arnold Paucker, *Jewish Self-Defence*, in: *Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, hrsg. v. Arnold Paucker mit Sylvia Gilchrist und Barbara Suchy, Tübingen 1986, S. 59, Anm. 12.

⁷ Lothar Albertin (Hrsg.) *Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933*, Düsseldorf 1980, S. 564ff.

⁸ *Unser Kampf um unser Recht in Deutschland*. Der Schild, 14. August 1930, Nr. 15.

⁹ *Jungdeutscher Orden und Judentum*. C.V.-Zeitung, 29. Mai 1924, 3. Jg., Nr. 22, S. 318.

gründeten Deutschen Staatspartei unter der jüdischen Wählerschaft aus. Auch was das jüdische Wahlverhalten in den Reichstagswahlen 1932 betrifft, gehen die Einschätzungen auseinander. Einhergehend mit dem Zusammenbruch der politischen Mitte, konzedieren die unterschiedlichen Autoren eine massive Abwanderung jüdischer Wähler zu den Sozialdemokraten oder zum Zentrum. Daneben findet man die Auffassung, es habe ein Residuum jüdischer Anhänger unter den Linksliberalen gegeben.¹⁰ Die Wahlen am Ende der Weimarer Republik stellen daher eine besondere Herausforderung für die Historische Wahlforschung dar, namentlich mit Blick auf das jüdische Wählersegment.

Strukturelle Merkmale Badens

In der empirischen Definition »Dorf- und Kleinstadtjuden« lehnt sich Cahnmann an die Kategorisierungen der Volks- und Berufszählungen 1925 und 1933 an. Er versteht darunter jene jüdische Bevölkerungsgruppe, die in Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern lebten. In analoger Weise benutzt Bennathan in der Untersuchung über die wirtschaftliche und demographische Struktur der Juden diese Einteilung.¹¹ Diese zweckmäßige Festlegung wollen wir für den weiteren Verlauf der Untersuchung übernehmen. Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1925 lebten 17,2 Prozent der Juden, von allen Einwohnern Deutschlands jedoch 53,3 Prozent, in solchen Orten.

In Baden existierten eine Reihe von kleinen Gemeinden mit einem relativ hohen jüdischen Bevölkerungsanteil. Die für eine sinnvolle Wahlanalyse notwendige Voraussetzung einer gewissen Streuung der Grundgesamtheit, d.h. die Existenz von Gemeinden mit deutlich unterschiedlichen Prozentanteilen jüdischer Bewohner, ist somit erfüllt. Zum Begriff der Gemeinde muß angemerkt werden, daß in diesem Zusammenhang strenggenommen eigentlich nicht von politischen Gemeinden gesprochen werden darf, sondern von Wahlgemeinden, denn aus praktischen Gründen wurden in einigen Fällen damals Kleinstgemeinden zu solchen Wahlgemeinden zusammengelegt. Die Anzahl der Zusammenlegungen hielt sich aber quantitativ in Grenzen.¹²

In der Konfessionsstruktur dominierten die Katholiken. Mit 58,4 Prozent stellten sie die absolute Mehrheit. Der Anteil der Protestanten betrug 38,7, der jüdische Bevölkerungsanteil ein Prozent. Der hohe Katholikenanteil Badens

¹⁰ Ausführlich zum Forschungsstand vgl. Martin Liepach, *Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung. Zur politischen Orientierung der Juden in der Weimarer Republik*, Tübingen 1996, S. 2ff.

¹¹ Esra Bennathan, *Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden*, in: Werner E. Mosse / Arnold Paucker (Hrsg.), *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1965, S. 91.

¹² Zur Struktur der Datenbank vgl. Dirk Hänisch, *Inhalt und Struktur der Datenbank 'Wahl- und Sozialdaten der Kreise und Gemeinden des Deutschen Reiches 1920 bis 1933'* in *Historical Social Research*, Vol. 14 (1989) 1, S. 56f.

findet in den Wahlergebnissen seinen Ausdruck. Bis zur Reichstagswahl im Juli 1932 ist das Zentrum, sehen wir einmal vom Nichtwähleranteil ab, stärkste Partei in Baden. 14 Jahre lang wurde Baden von einem Regierungsbündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokraten regiert, ehe es im November 1932 aufgrund von Auseinandersetzungen um das Konkordat zerbrach. Im Sommer 1932 war Baden das einzige Land, in dem noch eine nach den Regeln des Parlamentarismus ins Amt gelangte Regierung aus demokratischen Parteien Bestand hatte.¹³

Für die Reichstagswahl 1930 schlossen sich Deutsche Volkspartei (DVP) und Deutsche Staatspartei in Baden zu einer gemeinsamen Kandidatenliste zusammen. In Württemberg kam es ebenfalls zu einer Einheitsliste für diese Wahl. Weitere regionale Bestrebungen, um zu einer gemeinsamen Liste beider liberalen Parteien zu kommen, wurden vor allem von der Parteizentrale der DVP unterbunden.¹⁴

Der Erfolg der Nationalsozialisten bei der Landtagswahl am 27. Oktober 1929 wurde von Ellsworth Farris als »takeoff point« bezeichnet.¹⁵ Sieben Prozent der gültigen Stimmen brachten der NSDAP sechs Sitze im badischen Landtag ein. Die Bezeichnung Farris' charakterisiert eher die überregionale Signalwirkung des NSDAP-Erfolges. Denn in Baden selbst kam die NSDAP erst 1933 an die Macht. Die Reichstagswahl im September 1930 wurde zu einem großen Erfolg der Nationalsozialisten. Mit 14,4 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten (= 19,2 Prozent der gültigen Stimmen) erzielten sie ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis im Vergleich zu anderen Ländern.

1825 lebten noch 83 % aller Juden in Orten mit weniger als 5 000 Einwohnern.¹⁶ Ab Mitte des 19. Jahrhunderts machten sich jedoch starke Abwanderungstendenzen in den jüdischen Landgemeinden zunehmend bemerkbar. Dabei gingen die Abwanderungen in zwei Richtungen: zum einen die Auswanderung nach Übersee, zum anderen die Bewegung vom Land in die größeren

¹³ Seit Juni 1931 war die Regierung um den DVP-Minister Mattes erweitert worden. Eberhard Schanbacher, 'Das Wählervotum und die »Machtergreifung« im deutschen Südwesten', in Thomas Schnabel (Hrsg.), *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933*, Stuttgart 1982, S. 305.

¹⁴ Larry Eugene Jones, *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918-1933*, Chapel Hill N.C. 1988, S. 379.

¹⁵ Ellsworth Farris, 'Takeoff Point for the National Socialist Party: The Landtag Election in Baden, 1929' in *Central European History* 8 (1975). Über den Erfolg der NSDAP in Baden vgl. Ernst Otto Bräunche, 'Die NSDAP in Baden 1928-1933. Der Weg zur Macht', in Thomas Schnabel (Hrsg.), *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933*, Stuttgart 1982, S. 15-48. Zum Aufstieg der Nationalsozialisten in den katholischen Gegenden Badens siehe Oded Heilbronner, 'The Failure that Succeeded: Nazi Party Activity in a Catholic Region in Germany, 1929-32', in *Journal of Contemporary History* (1992), S. 531-549.

¹⁶ Richarz, S. 76.

Prozentualer Anteil der Parteien und Nichtwähler an den Gesamtwahlberechtigten der Reichstagswahlen 1928 bis 1932 und der Landtagswahl 1929 in Baden

	RT 1928	LT 1929	RT 1930	RT 1932 I	RT 1932 II
KPD	4,5	3,6	7,2	8,8	10,5
SPD	13,6	12,1	13,4	10,6	9,5
Zentrum	19,9	22,2	22,4	22,8	20,4
DDP/DStp	4,3	4,1	7,3	1,7	1,7
DVP	5,8	4,9	*	0,9	1,5
DNVP	4,9	2,2	2,1	2,4	2,9
NSDAP	1,8	4,2	14,4	28,9	25,1
Sonstige	6,0	7,3	8,2	2,2	1,9
Nichtwähler	39,2	39,4	25,0	21,7	26,5

* Einheitsliste mit DStp

Orte mit der größten Anzahl jüdischer Bevölkerung in Baden 1925

	Anzahl d. Juden	Einwohner absolut	% Juden
Mannheim	6985	260 776	2,7
Karlsruhe	3386	148 099	2,3
Heidelberg	1412	78 196	1,8
Freiburg	1399	90 475	1,6
Pforzheim	886	78 859	1,1

Orte mit den höchsten Prozentanteilen an Juden in Baden 1925

	Amtsbezirk	Anzahl d. Juden	Einwohner abs.	% Juden
Gailingen	(Konstanz)	375	1524	24,6
Schmieheim	(Lahr)	134	752	17,8
Kleineichholz.	(Adelsheim)	38	231	16,5
Sulzburg	(Staufen)	120	1070	11,2
Randegg	(Konstanz)	79	800	9,9

Städte.¹⁷

Die wirtschaftlich wachsenden Städte zogen gerade die meist kaufmännisch tätigen Juden an. Hier eröffneten sich nicht nur neue Möglichkeiten in Handel und Industrie, sondern auch in gerade entstehenden Berufen, hauptsächlich im wachsenden Bereich der Dienstleistungen. Zudem ließ sich dort der begonnene

¹⁷ Vgl. Alice Goldstein, *Urbanization in Baden, Germany. Focus on the Jews 1825-1925. Social Science History* 8 (1984), S. 43-66.

soziale Aufstieg am besten fortsetzen. Die höchsten absoluten jüdischen Einwohnerzahlen weisen die größten Städte Badens auf.

Das historische Phänomen der Judendörfer, in denen die Juden aufgrund der Ansiedlungspolitik der früheren Territorialherren manchmal bis zu Hälfte der Einwohner ausmachten, hatte zur Folge, daß es, trotz der beschriebenen Binnenwanderung, noch in der Weimarer Republik eine Reihe von Orten gab, die einen überdurchschnittlichen Anteil an jüdischen Bewohnern besaßen. In Gailingen, im Amtsbezirk Konstanz, war 1925 sogar ein Viertel der Einwohner jüdisch.

An dem Ort Schmieheim lassen sich die Folgen der Wanderungsbewegung gut nachvollziehen. Im 19. Jahrhundert erreichte die jüdische Gemeinde ihre größte Entfaltung. Zwischen 1850 und 1875 war fast die Hälfte der Einwohner Juden. 1825 zählte der Ort 325 (36,4 %) Israeliten, 1875 486 (45,2 %), 1900 258 (29,3 %) und 1925 134 (17,8 %).¹⁸

Unter den einzelnen Wirtschaftsabteilungen ist eine deutliche Überrepräsentanz der Juden im Handel auszumachen. Im Jahr 1900 führte eine jüdische Loge eine Erhebung über die Erwerbsverhältnisse der ländlichen Juden in Baden durch. Derzufolge waren, auf der Basis von 93 jüdischen Gemeinden, in Dörfern und Landstädten 41,5 % der erwerbstätigen Familienväter im Viehhandel tätig. Weitere 30 % übten ganz oder teilweise den Warenhandel aus.¹⁹ Für die Weimarer Republik kann man den Fortbestand der Dominanz jüdischer Wirtschaftstätigkeit im Handel annehmen. Auch wenn der Prozeß der beruflichen Differenzierung und Verstädterung fortschritt, die Angleichung der jüdischen Berufs- und Sozialstruktur an die Struktur der nichtjüdischen Bevölkerung geschah langfristig in einem sehr geringem Maße.²⁰

Statistische Analyse

Eine Untersuchungsform, die besser als andere eine plastische Darstellungsform erlaubt und das vorhandene Datenmaterial und nachfolgend das Wählerverhalten in nachvollziehbarer Form darstellt, ist die Bildung von sogenannten »Kontrastgruppen«. Man gewinnt die Kontrastgruppen dadurch, daß die Gemeinden in einem ersten Arbeitsschritt nach Konfessionen in zwei Gruppen mit jüdischen und ohne jüdischen Bevölkerungsanteil eingeteilt werden. In einem zweiten Arbeitsschritt unterteilen wir die entstandenen Gruppen in ländliche

¹⁸ Franz Hundsnurscher / Gerhard Taddey, *Die jüdischen Gemeinden in Baden. Denkmale, Geschichte, Schicksale*. Hrsg. von der Archivdirektion, Stuttgart, Stuttgart 1968, S. 253.

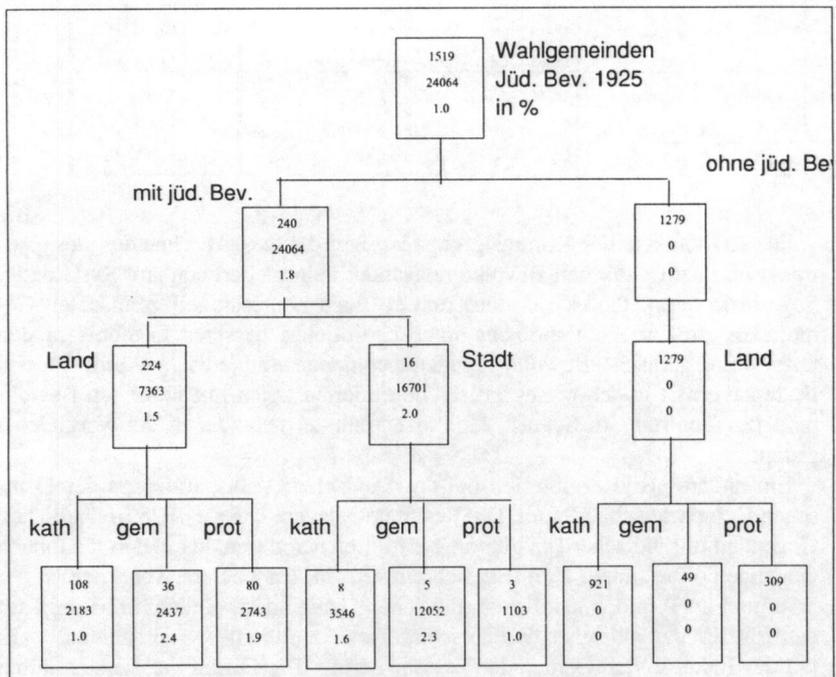
¹⁹ Richarz, S. 78.

²⁰ Im Volksstaat Hessen sank beispielsweise der prozentuale Anteil der im Waren- und Produkthandel erwerbstätigen Juden zwischen 1895 und 1925 von 69,3 auf 66,4 Prozent ab. Uziel Oscar Schmelz, *Die jüdische Bevölkerung Hessens*, Tübingen 1996, S. 208.

und städtische Wahlgemeinden. In einem dritten Schritt zerlegen wir schließlich die Gruppen danach, ob es konfessionelle gemischte oder katholisch oder evangelisch dominierte Gemeinden waren. Der Logik des Verfahrens nach müßten wir 12 Kontrastgruppen erhalten. Da es jedoch in Baden keine Städte ohne jüdische Einwohner gab, können die entsprechenden Gruppen nicht gebildet werden. Auf diese Weise erhalten wir im konkreten Fall neun Kontrastgruppen.

Eine geographische Einheit wird als protestantisch bzw. katholisch dominiert charakterisiert, wenn mindestens zwei Drittel der Einwohner einer der beiden Konfession angehörten. Andernfalls ist ein Gebiet als »gemischt« zu bezeichnen.

Verteilung der jüdischen Bevölkerung in Baden



Die 24 064 jüdischen Einwohner verteilten sich auf 240 der vorliegenden 1519 Gemeinden. Mehr als zwei Drittel der Juden wohnten in den 16 städtischen Gemeinden. Die Anzahl der auf dem Land wohnenden Juden verteilte sich auf 224 Gemeinden. Mit 108 Wahlheiten stellten zwar die katholischen Landgemeinden die Mehrheit unter den jüdischen, ländlichen Gemeinden, ab-

solot betrachtet aber, wohnte die relative Mehrheit der ländlichen Juden (2743) in protestantischen Gebieten. Der höchste prozentuale Anteil ergab sich in den 36 konfessionell gemischten Gemeinden mit 2,4 Prozent.

Die nunmehr gebildeten Kontrastgruppen erlauben uns, die Ergebnisse für verschiedene Parteien in ländlichen Gemeinden mit und ohne jüdischer Bevölkerung zu vergleichen. Die folgende Aufstellung enthält den prozentualen Stimmenanteil an den Wahlberechtigten für die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Demokratische Partei und das Zentrum in der Reichstags wahl 1928 für die entsprechenden Gruppen.

Prozentuale Stimmenanteile des Zentrums, der DVP und der DDP
auf dem Land in der RT-Wahl 1928

	Zentrum			DVP			DDP			
	ohne Juden	mit Juden	Diffé- renz	ohne Juden	mit Juden	Diffé- renz	ohne Juden	mit Juden	Diffé- renz	% Juden
katholisch dominiert	38,3	35,6	+ 2,7	1,5	2,7	- 1,2	2,5	3,9	- 1,4	1,0
konfessionell gemischt	24,3	20,6	+ 3,7	4,2	6,7	- 2,5	2,7	5,8	- 3,1	2,4
protestantisch dominiert	2,5	4,3	- 1,8	4,5	4,8	- 0,3	2,7	6,0	- 3,3	1,9

Die Ergebnisse der Kontrastgruppen zeigen für das Abschneiden des Zentrums und dem jüdischen Bevölkerungsanteil keinerlei erkennbare Systematik. Sowohl in den katholisch dominierten als auch konfessionell gemischten Gemeinden erreicht die Partei ein durchschnittliches besseres Ergebnis in den Orten ohne jüdische Bewohner gegenüber denen mit jüdischen Einwohnern. Dagegen erhält in den protestantisch dominierten Orten mit jüdischen Bewohnern das Zentrum im Schnitt 2,2 Prozentpunkte mehr als in der Vergleichsgruppe.

Ein anderes Bild ergibt sich bei der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei. Die Resultate belegen, daß sie 1928 in ländlichen Gegenden mit jüdischer Bevölkerung erfolgreicher waren, als in den ländlichen Gegenden ohne Juden. Nun läßt sich einwenden, das bessere Abschneiden der DDP und DVP in den ländlichen, jüdischen Gemeinden sei nicht unbedingt auf den Einfluß der jüdischen Wählerschaft zurückzuführen. Der prozentuale Anteil der Juden in den Gemeinden ist sehr gering. Die Differenz, die sich durch Betrachtung der Ergebnisse in den entsprechenden Kontrastgruppen ergibt, liegt teilweise deutlich über dem Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung. So beträgt der Anteil der jüdischen Wählerschaft in den ländlichen protestantischen Gegenden knapp zwei Prozent, die Demokraten schneiden aber hier 1928 um 3,3 Prozentpunkte besser ab als in der Vergleichsgruppe. Es liegt die Vermutung nahe, daß in dem Modell weitere Faktoren stecken, die einen Einfluß auf das Abschneiden der Parteien haben und unbemerkt das Bild verzerren.

In dem vorgestellten Kontrastgruppenmodell werden zwar die Einflüsse der großen Konfessionen und des Stadt-Land-Gefälles weitgehend kontrolliert, betrachten wir jedoch die Größenklassen der Orte mit und ohne jüdischer Bevölkerung und vergleichen diese miteinander, so stellen wir eine deutliche Diskrepanz fest Für die Orte mit jüdischer Bevölkerung liegt die stärkste Häufung nicht in der Klasse der Kleinstgemeinden, Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern, vor, sondern die größte Anzahl ländlicher Gemeinden mit jüdischen Einwohnern finden wir in der Kategorie zwischen 500 und 1000 Einwohnern.

Bei der Besetzung der Größenklassen der Orte ohne jüdische Bevölkerung dominieren dagegen die Kleinstgemeinden. Beinahe die Hälfte der ländlichen Gemeinden ohne Juden besaß weniger als 500 Einwohner.²¹ Die größten Orte ohne jüdische Bewohner waren Bühlertal im Amtsbezirk Bühl mit 5981 Einwohnern, Plankstadt im Amtsbezirk Mannheim mit 5303 Einwohner und Waldkirch im Amtsbezirk Waldkirch mit 5240 Bewohnern.

Die zuvor geäußerte Vermutung, daß weitere Faktoren versteckt in dem Kontrastgruppenmodell wirken und sich auf das Abschneiden der Parteien auswirken, bestätigt sich, wenn wir die unterschiedlichen Größenklassen der Orte mit bzw. ohne jüdische Bevölkerung operationalisieren und eine Urbanisierungsvariable bilden.²² Das folgende Regressionsmodell belegt, daß die Ortsgröße einen positiven Einflußfaktor auf das Abschneiden der Deutschen Demokratischen Partei im Jahr 1928 bildet. Diese wirkte in den zuvor gebildeten Kontrastgruppen verdeckt, da die durchschnittliche Ortsgröße für Gemeinden mit jüdischen Bewohnern deutlich über der ohne jüdische Einwohner lag. Unter Kontrolle der Urbanisierung erweist sich der Koeffizient für den jüdischen Bevölkerungsanteil über die Wahlen als relativ stabil.²³

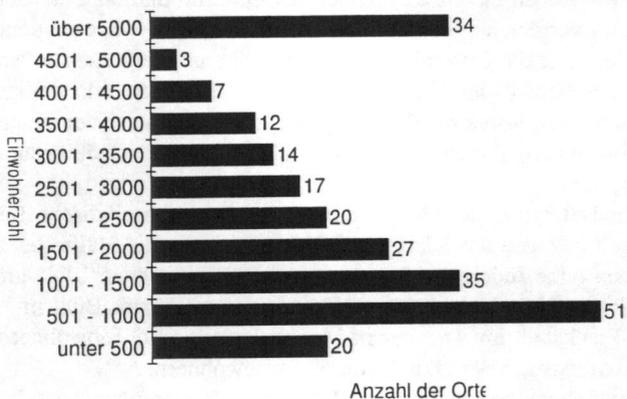
In allen Wahlen besteht ein positiver Zusammenhang zwischen dem jüdischem Bevölkerungsanteil und dem Abschneiden der DDP/DStP. Das gilt auch für die Einheitsliste 1930. Jedoch ist es die einzige Wahl, in der die Konfessionsvariable hinter die Urbanisierungsrate zurückfällt. In allen anderen Wahlen erweist sich der jüdische Bevölkerungsanteil als stärkster Einflußfaktor. Demgegenüber bewegen sich im Falle der Deutschen Volkspartei die Werte der

²¹ Die Darstellung der Ortsgröße verdeutlicht, daß in der Untersuchung eines der wichtigsten Postulate der Historischen Wahlforschung eingelöst wird: die niedrigste Aggregationsebene zu wählen. Zahlreiche Orte bildeten kleinere Wahlheiten als die in den Städten anzutreffenden Stimmbezirke, die zumeist 1000 bis 1500 Wahlberechtigte auswiesen. Die Wahl einer möglichst niedrigen Aggregationsebene reduziert die Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses. Ausführlich zu den Gütekriterien in der Historischen Wahlforschung, Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 61ff.

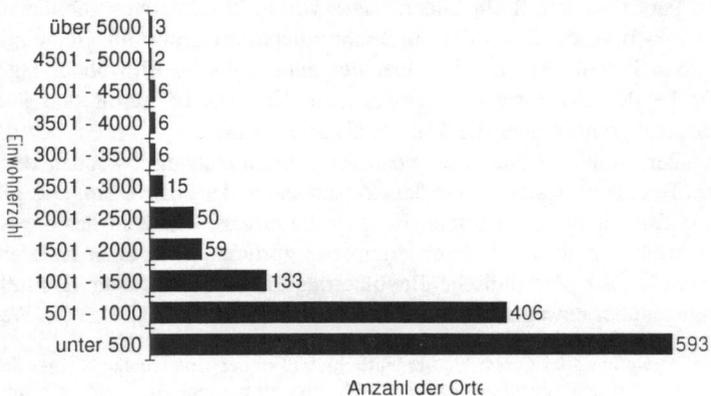
²² Urbanisierung - Ortseinwohnerzahl / Gesamteinwohnerzahl Badens.

²³ Urbanisierung und Industrialisierung sind in Baden keine synchronen Prozesse. Der Anteil der Industriearbeiter wächst nicht linear mit der Ortsgröße. Die Gefahr einer zu starken Überlagerung beider Merkmale ist nicht gegeben. Interkorrelation zwischen Urbanisierung und Prozentsatz der Industriearbeiten .26.

Größenklassen der Orte mit jüdischer Bevölkerung 1925 in Baden



Größenklassen der Orte ohne jüdische Bevölkerung 1925 in Baden



Korrelationskoeffizienten für den Prozentsatz der Juden um Null. Deutlichen Einfluß auf das Abschneiden der DVP besitzt die Urbanisierung. Der in den Konstrastgruppen zuvor festgestellte positive Zusammenhang zwischen dem jüdischen Bevölkerungsanteil und den Wahlergebnissen der DVP beruht demnach auf einer Scheinkorrelation. Versteckt wirkte hier die Tatsache, daß die

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf
den Prozentsatz von DDP/DStp und DVP in ländlichen badischen Gemeinden
unter Kontrolle des Katholiken- und des Industriearbeiteranteils

% DDP/DStp =	Urbanisierung	% Juden	% DVP =	Urbanisierung	% Juden
RT 1928 (3,5%)	22	26	RT 1928 (2,6%)	35	1
LT 1929 (3,7%)	11	22	LT 1929 (2,6%)	23	0
RT 1930 (5,3%)*	22	15			
RT 1932I (1,4%)	17	31	RT 1932I (0,5%)	30	0
RT 1932II (1,3%)	20	28	RT 1932II (0,6%)	47	4

Standardisierter Regressionskoeffizient (x100); N=1503; gewichtet nach Wahlberechtigten

* Einheitsliste mit DVP

jüdischen Gemeinden durchschnittlich eine größere Ortsgröße aufwiesen als die nichtjüdischen Dörfer.

Die vergleichsweise hohen Korrelationswerte der Konfessionsvariablen für die Deutsche Staatspartei in den Wahlen des Jahres 1932 bedeuten inhaltlich, daß - nach Kontrolle der übrigen im Modell berücksichtigten Faktoren - die Aussage ihre Gültigkeit behält: je höher der Anteil der Juden, desto besser schnitt die DStp in der Tendenz ab. Die Werte können als Indiz für das Zusammentreffen von jüdischen und staatsparteilichen Hochburgen interpretiert werden. »Hochburgen« haben sich nicht abgeschliffen, sondern im Gegenteil stärker ausgeprägt. Die Werte besagen aber nichts über das Abschneiden oder die Höhe der durchschnittlichen Verluste der Staatspartei in den Hochburgen.

In einem weiteren Analyseschritt wird nachfolgend nunmehr umgekehrt vorgegangen. Nicht mehr die Gesamtzahl aller vorhandenen Gemeinden soll als Ausgangspunkt der Betrachtung gewählt werden, sondern die jüdischen Landgemeinden²⁴ selbst. Konkret bedeutet daß im ersten Schritt aus einer Anzahl ländlicher Gemeinden mit jüdischem Bevölkerungsanteil eine Gruppe gebildet wurde, die einen überdurchschnittlichen Anteil an jüdischen Bewohnern aufweist. Diese Gruppe weist eine bestimmte Konfessions- und Sozialstruktur auf. Dieser ersten Gruppe wurde im zweiten Schritt eine weitere Gruppe gegenübergestellt, die ähnliche Ausprägungen der Konfessions- und Sozialmerkmale besitzt, aber keine jüdischen Bewohner hat.

Eine Einflußgröße, von der ein Effekt auf das Wahlverhalten ausgehen könnte und die gleichfalls berücksichtigt wird, ist die Ortsgröße. Soziale Beziehungen und Kommunikationserfahrungen in Kleinstgemeinden unter 500 Einwohnern unterscheiden sich durchaus von denen größerer Gemeinden, beispielsweise

²⁴ Der Begriff der »jüdischen Landgemeinde« soll in der weiteren Darstellung nicht die Existenz einer gemeindlichen Struktur im Sinne einer Religionsgemeinschaft bedeuten, sondern wird als Synonym für ländliche Wahlgemeinden unter 10 000 Einwohnern mit jüdischen Bewohnern benutzt.

se mit 5 000 Einwohnern. Unsere Definition von »Land« als Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern ist zunächst eine sehr grobe Kategorie. Eine Kontrolle der Ortsgröße erscheint daher auf jeden Fall sinnvoll.

Einwohner- Konfessions- und Wirtschaftsstruktur der Vergleichsgruppen im Überblick

	Zahl der Einwohner im Schnitt	% Protest.	% Kath.	% Juden	% selbst. Kaufleute	% selbst. Handwerkermeister	% Industriearbeiter	% landw. Betriebe unter 2 ha
Gruppe 1	1291	57,8	34,7	6,7	1,8	1,4	7,0	61,8
Gruppe 2	1286	64,0	34,7	0,0	0,6	1,1	7,5	64,1

Gruppe 1: N=38; Gruppe 2: N=201

Die Vergleichsgruppen wurden in folgenden Arbeitsschritten gebildet: Zunächst wurden die 38 ländlichen, jüdischen Gemeinden betrachtet, die einen jüdischen Bevölkerungsanteil von mehr als 3,5 Prozent hatten. Diese Gruppe besitzt eine bestimmte durchschnittliche Einwohner-, Konfessions- und Wirtschaftsstruktur. Sie wies 1925 im Schnitt 1291 Einwohner auf, davon waren 57,8 Prozent Protestanten, 34,7 Prozent Katholiken und 6,7 Prozent Juden. 1,8 Prozent der Bevölkerung waren 1925 selbständige Kaufleute, 1,4 Prozent selbständige Handwerksmeister und sieben Prozent Industriearbeiter. Unter allen landwirtschaftlichen Betrieben stellten die Betriebe mit weniger als zwei Hektar fast 62 Prozent.

Entsprechend den strukturellen Vorgaben der ersten Gruppe wurde eine zweite Gruppe gebildet. Gruppe 2 bestehend aus 201 Gemeinden, besitzt eine ganz ähnliche Einwohner-, Konfessions- und Wirtschaftsstruktur, jedoch ohne Juden. Dabei gelang es, den Katholikenanteil konstant zu halten. Der Protestantenanteil erhöht sich in der zweiten Gruppe im Wert um ungefähr den des jüdischen Bevölkerungsanteils der ersten Gruppe.

Anders als aufgrund der vorgestellten konfessionellen Struktur Badens vielleicht vermutet, dominiert in den Vergleichsgruppen nicht der Katholikenanteil. Zwar bildeten die Katholiken in Baden die absolute Mehrheit. Fast dreiviertel aller ländlichen Gemeinden ohne Juden hatten einen Katholikenanteil von über 66 Prozent. Doch die Verteilung der jüdischen Bevölkerung ist keineswegs synchron zu der allgemeinen konfessionellen Verteilung der ländlichen Bevölkerung. Absolut betrachtet wohnten unter allen Juden auf dem Land die meisten in protestantisch dominierten Gemeinden. Den durchschnittlich höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil finden wir in konfessionell gemischten Gebieten. Aus diesen Gründen erklärt sich, warum wir in den Vergleichsgruppen eine gemischte Konfessionsstruktur vorfinden.

Ergebnisse der RT 1928 in Vergleichsgruppen

	Ergebnis RT 1928 Gruppe 1 in %	Ergebnis RT 1928 Gruppe 2 in %	Differenz Gruppe 1 - Gruppe 2
NSDAP	3,7	3,2	0,5
DNVP	8,9	8,2	0,7
DVP	5,1	4,2	0,9
Zentrum	13,4	13,7	-0,3
DDP	8,0	3,3	4,7
SPD	12,1	11,4	0,7
KPD	1,4	3,5	-2,1
Sonstige	5,9	5,9	0,0
Nichtwähler	41,6	46,8	-5,2

Gruppe 1: N=38; Gruppe 2: N=201

Ein Vergleich der Ergebnisse beider Gruppen in der Reichstagswahl 1928 fördert erstaunlich deutliche Tendenzen zutage. Bemerkenswert ist die erhebliche Differenz im Abschneiden der Deutschen Demokratischen Partei. Während sie in Gruppe 2 ohne jüdische Bevölkerung lediglich von 3,3 Prozent der Wahlberechtigten die Stimme erhielt, waren es in Gruppe 1 8,0 Prozent. Demnach erhielten die Demokraten in den ländlichen Orten mit jüdischer Bevölkerung 4,7 Prozentpunkte mehr.

Der Anteil der Nichtwähler differiert gleichfalls deutlich zwischen beiden Gruppen. In den Ortschaften mit jüdischen Bewohnern lag der Anteil der Nichtwähler lediglich bei 41,6 Prozent, in der Vergleichsgruppe hingegen bei 46,8 Prozent. Der signifikante Unterschied von 5,2 Prozentpunkten zeigt eine stärkere Wahlmobilisierung in den Gegenden mit jüdischer Einwohnerschaft an.

Hingegen bestätigen die Zahlen nicht die vielfach geäußerte Vermutung einer konservativen Ausrichtung der jüdischen Landbevölkerung. Zwar erreichen die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei in der Gruppe mit jüdischer Bevölkerung gegenüber der Vergleichsgruppe im Durchschnitt leicht bessere Resultate, doch hegen die Differenzen noch unter einem Prozentpunkt, so daß man geneigt sein sollte, diese Abweichungen in den zufallsbedingten Bereich einzuordnen. Für das Zentrum ergibt sich sogar, daß es in den ländlichen Gegenden mit jüdischen Bewohnern schlechter abschnitt als in den Ortschaften ohne Juden. Der Vergleich zwischen den beiden Gruppen läßt sich auch für die nachfolgenden Reichstagswahlen sowie die Landtagswahl 1929 durchführen.

In der ersten Gruppe mit einem durchschnittlichen Anteil von 6,7 Prozent Juden konnten die Demokraten nicht nur in der Reichstagswahl 1928 deutlich bessere Ergebnisse erreichen. In der Landtagswahl 1929 erzielten sie sogar 4,9 Prozentpunkte mehr als in der Vergleichsgruppe ohne Juden. In der Reichstagswahl 1930 erreichte die Einheitsliste, bestehend aus Deutscher Staatspartei und

Gruppe 1 (mit jüdischer Bevölkerung)

	RT 1928	LT 1929	RT 1930	RT 1932 I	RT 1932 II
NSDAP	3,7	4,9	17,2	35,5	30,9
DNVP	8,9	3,2	2,9	2,9	3,4
DVP	5,1	4,7	*	0,8	1,1
Zentrum	13,4	14,6	15,7	15,7	13,6
DDP/DStp	8,0	8,4	10,3	4,5	3,8
SPD	12,1	11,2	14,8	12,2	11,6
KPD	1,4	0,9	2,7	5,1	6,4
Sonstige	5,9	9,5	11,6	2,8	2,8
Nichtwähler	41,6	42,6	24,9	20,5	26,3

N= 38; * 1930 Einheitsliste mit DStp; Angaben in Prozent

Gruppe 2 (ohne jüdische Bevölkerung)

	RT 1928	LT 1929	RT 1930	RT 1932 I	RT 1932 II
NSDAP	3,2	5,6	18,7	36,5	32,9
DNVP	8,2	3,0	2,5	2,3	2,6
DVP	4,2	3,8	*	0,6	0,8
Zentrum	13,7	15,0	15,6	16,3	14,6
DDP/DStp	3,3	3,5	5,0	1,2	1,1
SPD	11,4	10,0	11,6	8,7	7,6
KPD	3,5	2,8	6,0	7,6	9,1
Sonstige	5,9	9,3	10,5	2,1	2,1
Nichtwähler	46,8	47,2	30,2	24,6	29,2

N= 201; * 1930 Einheitsliste mit DStp; Angaben in Prozent

Differenz Gruppe 1 - Gruppe 2

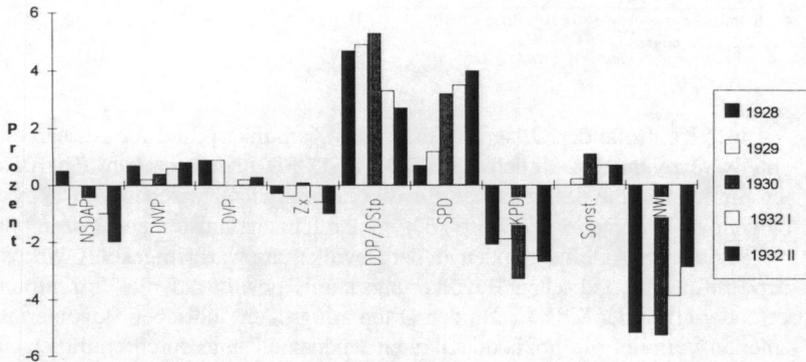
	RT 1928	LT 1929	RT 1930	RT 1932 I	RT 1932 II
NSDAP	0,5	-0,7	-1,5	-1,0	-2,0
DNVP	0,7	0,2	0,4	0,6	0,8
DVP	0,9	0,9	*	0,2	0,3
Zentrum	-0,3	-0,4	0,1	-0,6	-1,0
DDP/DStp	4,7	4,9	5,3	3,3	2,7
SPD	0,7	1,2	3,2	3,5	4,0
KPD	-2,1	-1,9	-3,3	-2,5	-2,7
Sonstige	0,0	0,2	1,1	0,7	0,7
Nichtwähler	-5,2	-4,6	-5,3	-3,9	-2,9

* 1930 Einheitsliste mit DStp; Angaben in Prozent

Deutscher Volkspartei, 5,3 Prozentpunkte mehr in der Gruppe 1 und 1932 reichte es für die DStp immerhin noch für ein um 3,3 bzw. 2,7 Prozentpunkte besseres Ergebnis.

Parallel zu den staatsparteilichen Verlusten profitierten die Sozialdemokraten im Vergleich der Differenzen der Kontrastgruppen. Über die Wahlen hinweg konnte die SPD eine kontinuierlich steigende Differenz aufweisen. Lag die Abweichung in der Reichstagswahl 1928 nur bei 0,7 Prozentpunkten, so konnten die Sozialdemokraten 1930 in den jüdischen Hochburgen durchschnittlich 3,2 Prozentpunkte mehr als in der Vergleichsgruppe erzielen. 1932 liegt sie im Durchschnitt 3,5 bzw. sogar vier Prozentpunkte über den Ergebnissen in den Gemeinden ohne Juden.

**Graphik Differenz Gruppe 1 - Gruppe 2
RT-Wahlen 1928 bis 1932 und LT-Wahl 1929**



Gruppe 1: mit jüdischer Bevölkerung
Gruppe 2: ohne jüdische Bevölkerung

Die Schwankungen und Differenzen des Zentrums sind gering und fallen eher in den zufallsbedingten Bereich. Das gilt auch für fast alle anderen Parteien. Das schlechtere Abschneiden der Nationalsozialisten und Kommunisten in Gemeinden mit jüdischer Bevölkerung könnte damit zusammenhängen, daß in dieser Gruppe sich der prozentuale Anteil des potentiellen Wählerkreises für diese Parteien verringerte. Denn eine Tendenz, für diese Parteien zu stimmen, war mit Sicherheit unter den Juden nicht vorhanden.

Die statistischen Befunde schlagen sich in ihren Auswirkungen in den Werten der Gewinn- und Verlustkorrelationen nieder, wenn wir eine Überprüfung durch ein multiples Regressionsmodell vornehmen. In der Analyse wurde die Differenz der Prozentwerte aus den Ergebnissen der Reichstagswahl 1928 und im November 1932 gebildet. Zwischen Mai 1928 und November 1932 verlor

die DStp/DDP 2,2, die SPD 3,5 Prozentpunkte, die Kommunisten konnten im gleichen Zeitraum 5,3 Prozentpunkte hinzugewinnen.

Der relative Einfluß des Anteils der jüdischen Bevölkerung auf die Veränderungen im Parteienspektrum zwischen 1928 und 1932 auf dem Land in Baden

Differenz (RT 1932 II - RT 1928) in %	Urbanisierung	% Juden	% Katholiken	% Industrie- arbeiter	R ²
DStp/DDP (- 2,2%)	-17	-17	11	-8	10 %
SPD (- 3,5%)	-7	13	12	-39	20 %
KPD (+5,3%)	14	0	0	45	25 %
Zentrum (- 0,1%)	12	0	-6	-10	2 %
DVP (- 2,8%)	-25	0	38	0	23 %
DNVP (- 3,1%)	15	-2	55	9	31 %
Sonstige (- 3,9%)	9	6	1	13	3 %
NSDAP (+23,8%)	-7	-6	-68	-14	45 %
NW (- 13,4%)	-5	4	34	7	12 %

Standardisierter Regressionskoeffizient (x100); N=1503; gewichtet nach dem arithmetischen Mittel der Wahlberechtigten

Unter Kontrolle der Ortsgröße sowie des Katholiken- und Industriearbeiteranteils verzeichnen lediglich DStp/DDP und SPD interpretierbare Koeffizienten für den Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils. Zwischen Mai 1928 und November 1932 verlor die DStp/DDP in der Tendenz umso mehr Prozentpunkte, je höher der Anteil der Juden an der Bevölkerung war. Umgekehrt wirkt sich der Einfluß des jüdischen Bevölkerungsanteils positiv auf die Prozentpunktveränderungen der SPD aus. In den Orten mit großem jüdischen Bevölkerungsanteilen verloren die Sozialdemokraten tendenziell unterdurchschnittlich, was nicht ausschließt, daß sie in einigen Gemeinden Gewinne erzielen konnten. Für alle anderen Wahlpaare deuten die Werte der jüdischen Konfessionsvariablen auf keinen systematischen Zusammenhang hin.

Resümee

Die linksliberalen Neigungen der jüdischen Bevölkerung, die a priori für das bürgerliche, großstädtische Judentum immer angenommen wurden, setzen sich in überraschend deutlicher Weise in ländlichen und kleinstädtischen Gegenden fort. Dies gilt für die Reichstagswahl 1928 und die Landtagswahl 1929. Der Typus des politisch konservativen Landjuden, konstruiert auf der Annahme einer religiös orthodoxen Ausrichtung, ist auf der Grundlage der hier verwandten Daten nicht repräsentativ. Deutliche positive Zusammenhänge zwischen dem jüdischen Bevölkerungsanteil und den rechtsstehenden Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sind für keine Wahl auszumachen. Die in eini-

gen Fällen angesprochene Nähe des orthodoxen Typus zur Partei des politischen Katholizismus bestätigt sich ebenfalls nicht. Aus den Resultaten der durchgeführten Analysen läßt sich keinerlei substanzielle Korrelation zwischen dem Zentrum und der ländlichen Judenheit entnehmen.

Der vielfach angenommene Bruch zwischen den Linksliberalen und der jüdischen Bevölkerung durch die Gründung der Deutschen Staatspartei 1930 läßt sich für das ländliche Baden nicht belegen. Vielmehr erscheinen in Zeiten der politischen Krise die politischen Traditionen als belastbar. Deutlichstes Indiz ist die Tatsache, daß die von DStp und DVP gebildete Einheitsliste in jüdischen Gegenden 5,3 Prozentpunkte besser abschneidet als in den ohne jüdischen Einwohnern gebildeten Vergleichsgruppe. Dabei betrug der jüdische Bevölkerungsanteil in den jüdischen Wahlgemeinden 6,7 Prozent.

Für die Wahlen 1932 sind zwar Hinweise auszumachen, daß es Verluste unter der jüdischen Wählerschaft der Deutschen Staatspartei gegeben hat, diese haben aber nicht zu einem totalen Zusammenbruch und einer Marginalisierung der DStp geführt. Der gleichzeitig positive Zusammenhang mit den Sozialdemokraten in diesen Wahlen deutet an, daß diese Abwandlungsbewegungen zur SPD führten. Allerdings weisen die Ergebnisse für die Wahlen 1932 ein noch stärkeres Zusammentreffen von staatsparteilichen Hochburgen und Orten mit hohem jüdischen Bevölkerungsanteil aus. Selbst in der Endphase der Weimarer Republik erscheint daher der Linksliberalismus für einen großen Teil der jüdischen Wählerschaft der Bezugspunkt zu bleiben.

Der Südwesten Deutschlands gilt als das »Stammland des Liberalismus«. Während der gesamten Weimarer Republik erzielten die Linksliberalen in den Reichstagswahlkreisen Baden und Württemberg, neben Hamburg, Berlin und Potsdam II, die besten Ergebnisse. Für die Vermutung, daß regionale politische Traditionen eine Rolle spielten, lassen sich durchaus einige plausible Argumente anführen.²⁵ Für die Zeit vom Ende der Fünfziger Jahre bis in die Siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts spricht man häufig von der »jüdisch-liberalen Weggemeinschaft.«²⁶ Das Zeitalter der jüdischen Emanzipation fällt in dieser

²⁵ Versuche, die Wirkung von regionalspezifischen, kultur-historischen Einflüssen zu operationalisieren, waren durchaus erfolgversprechend. So spezifizierten Falter / Bömermann die Bedeutung dieses Faktors auf den Wahlerfolg der Nationalsozialisten in Baden und Württemberg mit Hilfe eines »Regionaldummys«, der für einen beachtlichen Teil der erklärten Varianz verantwortlich ist. Jürgen W. Falter / Hartmut Bömermann, »Die unterschiedlichen Wahlerfolge der NSDAP in Baden und Württemberg. Ergebnis differierender Sozialstruktur oder regionalspezifischer Faktoren?« in Dieter Oberndörfer / Karl Schmitt (Hrsg.), Parteien und regionale politische Traditionen in Deutschland, Berlin 1991, S. 283-298.

²⁶ Thomas Nipperdey, Auf dem Weg zur Gleichberechtigung, in: Günter Stemberger (Hrsg.), Die Juden. Ein historisches Lesebuch, München 1990, S. 223. Zum Verhältnis und historischen Entwicklung zwischen Judentum und Liberalismus vgl. auch die Aufsatzsammlung Das deutsche Judentum und der Liberalismus - German Jewry and Liberalism. Dokumentation eines internationalen Seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute, London, Sankt Augustin 1986.

Phase mit den Glanzzeiten des Liberalismus zusammen. Diese Verbindung manifestierte sich durch prominente jüdische Parlamentarier in den Reihen der Liberalen.²⁷ Während dieser Zeit wurden vor allem in Baden tiefgreifende, liberale Reformen verwirklicht.²⁸ In den Folgen der Veränderungen in der »Neuen Ära« wurzelte die politische Orientierung des Großteils der jüdischen Bevölkerung.²⁹

Auch wenn der Liberalismus fortwährend an Einfluß- und Gestaltungskraft verlor, so blieb er doch der relevante Bezugspunkt für den Großteil der jüdischen Bevölkerung bis in die Jahre der ersten demokratischen Republik. Beschwörend wandte sich Ludwig Holländer, der Direktor des Centraivereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, im Sommer 1932 an seine Mitglieder, und bezeichnete den Liberalismus als eine Weltanschauung, die den Juden die Gleichberechtigung gebracht habe. Den Existenzkampf des Judentums verband er mit dem Kampf um die Ideale des Liberalismus.³⁰ Das Konstrukt eines orthodoxen und daraus ableitend politisch konservativen Judentums auf dem Land ist für Baden jedenfalls nicht nachweisbar. Noch in der Endphase der Weimarer Republik lieferte der Liberalismus für zahlreiche Landjuden das Deutungssystem für die politische Wirklichkeit.

²⁷ Vgl. Emst Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918*, Tübingen 1968.

²⁸ Zu den Veränderungen in der »Neuen Ära« vgl. Dieter Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988, S. 85ff.

²⁹ Vgl. dazu Jacob Toury, *Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar*. Tübingen 1966.

³⁰ *Deutsche Juden in der Krise*. C.V.-Zeitung, 9. Juni 1932, 11. Jg., Nr. 24, S. 246f.